

Wahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 7 März—April 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig.— Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährlich S —90

Sie führen uns ins Verderben Sprengt die Fesseln!

Den sterreichischen Arbeitern wird die Rothschild-Sanierung unvergleichlich mehr Opfer und Arbeitslosigkeit bringen, als der Rothschild-Krach. („Mahnruf“, Juni 1931.)

Was Julius Quesada 1904 auf dem Sozialistenkongress in Amsterdam von der Ueberlegenheit des republikanischen Regime gegenüber dem dynastischen sagte, die sofort verschwände — „sobald das Proletariat, um die Republik zu retten, wenn sie in Gefahr ist, jedesmal seine Forderungen aufgeben müßte. Dann würde die Republik die schönste der Regierungsformen“, das erweist sich heute als das furchtbare Resultat der sozialdemokratischen Politik. Aber der alte Quesada hat nicht ahnen können, daß seine These durch die Wirklichkeit weit überboten wurde. Die sozialdemokratische Politik opfert die Klasseninteressen des Proletariats nicht nur der vom Faschismus bedrohten Republik, sondern dem sich im Verwesungsproze befindlichen Kapitalismus.

„Sozialisierung“ des Bankrotts.
Schützend stellte sich die SP. 1918 vor das Kapital und verspottete die von den Kommunisten angestrebte Sozialisierung der Banken und Produktionsmittel als „Sozialisierung“ des Bankrotts. Hochmtig lehnte sie es ab, die Wirtschaft, die durch die Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien zerrtelt war, zu übernehmen. Aber in einem Atem konnte man sie vom Aufbau dieser Wirtschaft predigen hören, und dem Arbeiter wurde nahegelegt, ihre Arbeitsleistung im Interesse des republikanischen Aufbaues zu steigern. Der sozialistische Aufbau wurde abgelehnt, der kapitalistische Aufbau unter Führung des Bundeskanzlers Renner vollzogen.
Dann kam die Aera Rationalisierung. Der Fordismus wurde in der Gewerkschaft und Parteipresse der SP als der Vorbote des humanen Sozialismus dem barbarischen Sozialismus der Bolschewiken gegenübergestellt. (Jetzt knallt man die arbeitslosen Fordarbeiter über den Haufen!) Im Namen der heiligen Konkurrenzfähigkeit der sterreichischen Industriearbeiter wurde den Arbeitern das Mark aus den Knochen gepreßt.

Und dann kam der große Krach. Wie ein Kartenhaus flogen die gleiserischen Verlockungen des Reformismus zusammen und übrig blieb die brutale Wirklichkeit: der kapitalistische Bankrott. So wie die Kurse der Aktien fallen, so verfllt im Bewußtsein der Arbeiter der Reformismus. Beide sind von der Konjunktur der kapitalistischen Wirtschaft abhängig.

1930 fiel die Bodenkreditanstalt — 1931 die Credit-Anstalt, die letzte Großbank Oesterreichs. Mit der direkten und indirekten Unterstützung der SP. wurde die Rothschild-Sanierung im Parlament durchgepeitscht. 150 Millionen Schilling Steuergelder wurden den Rothschild-Aktionären als Geschenk präsentiert, ihre entwerteten Aktien wurden aufgewertet. Der Staat übernahm die Haftung für die Einlagen der ausländischen Gläubiger im Betrage von 500 Millionen Schilling und die Guthaben der Nationalbank in derselben Höhe, um Aergeres zu verhüten, um „den Beweis zu erbringen, daß die Demokratie fähig ist, auch solche Zeiten verantwortungsbewußt zu überstehen“. Und dieses Verantwortungsbewut den Interessen der bankrotten Rothschild-Bank und ihren ausländischen Gläubigern gegenüber feierte die SP. als den Beginn der Sozialisierung, als die Morgenröte des neuen Zeitalters.

Die demagogisch-verräterische Phrase von 1918/19 wird zur Wirklichkeit. Die Sozialdemokratie ist aktiv an der „Sozialisierung“ des Bankrotts beteiligt. Damals erschlug mit dieser verräterischen Phrase die wirkliche Sozialisierung, den sozialistischen Aufbau zu Gunsten des kapitalistischen; heute „sozialisiert“ sie den Bankrott, an dem sie seit 1918 beteiligt ist, auf Kosten der Arbeiterklasse.

Arbeiter sollen erbrgern, was die andern verpassen.
Es wird wohl kaum eine Hauptstadt geben, in der die ausländischen Gesandten mit der Regierung so umspringen, in Wien. Wien ist der neueste Tummelplatz für kolonialistische. Wer in Oesterreich Generaldirektor einer wird, für die der Staat alle Zahlungen übernehmen außerdem Hauptaktionär ist, darüber bestimmt Paris, zw. London.

Der erste Akt war die Spende von 150 Millionen Schilling und die Uebernahme der Bundeshaftung für die Schulden der Credit-Anstalt. (Jetzt streiten sich die Sanierer, wer mehr schuld ist an diesem Verbrechen.)

Der zweite Akt war die Ernennung von Hengels mit

einem Tages„lohn“ von 2100 Schilling als Generaldirektor der Credit-Anstalt.

Und der dritte Akt soll das happy end sein für die Geldmagnaten. In geheimen Verhandlungen hat Nationalbankprsident Dr. Kienböck mit den Vlkerbundkapitalisten vereinbart, daß der Bund zur Tilgung der Schuld an die Auslndglubiger der Credit-Anstalt 40 Jahre hindurch

jährlich sechzehn Millionen Schilling, insgesamt 640 Mill. Schilling, bezahle und an die Nationalbank zur Tilgung der Wechselschulden

40 Jahre lang

jährlich 26 Millionen Schilling, insgesamt 1040 Millionen Schilling, bezahle soll. Ferner sollen den Auslndglubigern neue Aktien im Werte von 200 Millionen Schilling ausgefolgt und alle andern Aktien wertlos erklärt werden, also auch jene des Bundes. Damit wäre die Industrie und Wirtschaft völlig in Händen der Londoner Rothschild übergegangen. Was die Rothschild u. Co. verwirtschaftet haben, was der Staat

Massenaussteuerungen in Graz

Immer mehr Betriebe werden gesperrt, kein Bau wird aufgeführt. Die Arbeitslosenzahl in Steiermark ist von 40.000 im Jahr 1931 auf über 50.000 im Jahr 1932 gestiegen. Auf der ganzen Linie keine Aussicht auf Arbeit. Die Regierung verschärft den Kurs gegen die Arbeitslosenunterstützung. Die I. B. K. Graz hat sich bereits auf die Linie des verschärften Kurses eingestellt. Dr. Uranitsch will sich den Orden holen für „Untersttzungsraubkunst“. Wie wir erfahren, sollen bis Ende April mindestens 6000 Arbeitslose in Graz ausgesteuert werden.

6000 sollen mit ihren Familien für langsame Verkäufer ausgeliefert werden.

Jeder Schalter in Hof- und Bürgergasse hat bereits die Opfer, die daran glauben müssen, von den noch nicht Betroffenen abgesondert. 400 bis 500 bei jedem Schalter. 13 Schalter sind vorhanden, so daß bestimmt 6000 bis 7000 Arbeitslose in Aussicht genommen sind.

Arbeitslose, wehrt euch gegen diesen Massenabbau, gegen den Untersttzungsraub. Wählt euch aber eine fähige

Führung, denn die bestehende taugt nichts. Das Zentralarbeitslosenkomitee in Oriz mit seiner jetzigen Leitung wird niemals fähig sein, die Arbeitslosen in den Kampf zu führen. Wendet euch an die Betriebsarbeiter.

Nur die Arbeiter-Einheitsfront kann siegen.

Raub der Osterhilfe

Durch die Grazer Arbeitslosen geht ein Sturm der Empörung. Die von der Gemeinde alljährlich gewährte Osterhilfe (Brotwecken) wird heuer, im Jahre der furchtbaren Not, den Arbeitslosen und Ausgesteuerten entzogen. Damit hat die rot-schwarze Koalition, die Graz regiert, die Maske geluft. Heuer sind keine Wahlen in Graz — daher erspart man sich das Wahlfutter. Krasser könnte die rot-schwarze Gemeindekoalition nicht selbst enthüllen, daß ihr die Arbeitslosen nur als Stimmvieh gut genug sind.

Die Arbeitslosen müssen Schluß machen mit dem Warten auf Almosen. Sie müssen sich das Recht zum Leben, das ihnen die bankrotte kapitalistische Ordnung entzieht, erkämpfen.

in einem Jahr an Steuern einhebt, soll den Kapitalisten geschenkt werden. Wogegen sich die Sozialdemokratie strube, nämlich dafür zu kämpfen, die Aktionäre der Credit-Anstalt mit ihren Einlagen haftbar zu machen, das diktiert die mächtigen ausländischen den bankrotten inländischen Kapitalisten.

Nirgendwo hat eine Regierung solche Bedingungen übernommen. Nirgendwo wagt man es, mit Staatsgeldern im Ausmaße eines Jahresinkommens für die Schulden einer bankrotten Bank aufzukommen. Nirgendwo würden sich die werktätigen Massen ein derartiges Hungerjoch freiwillig aufzählen lassen.

Ursachen, Folgen und Wirkungen.

Schon kracht es in allen Fugen dieses morschen parlamentarischen Hungerregimes, das sich nur noch mit Hilfe der Sozialdemokratie zu halten vermag. Ehe noch dieser Raubplan bekannt wurde, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. März im Leitartikel:

„Man kann sich allenfalls vorstellen, daß der Staat zur Erfüllung seiner Verpflichtungen (!?) den Gläubigern (der Credit-Anstalt. Anm. d. Red.) sehr langfristige, in vierzig Jahren tilgbare... Obligationen geben könnte...“

Die Sozialdemokratie hat, wenn auch gemäßigter, vorgekommen, was Herr Kienböck heimbrachte.

Derselbe Staat, der aus Geldmangel alle Investitionen einstellte (also die Arbeitslosigkeit vermehrt), der sich jetzt anschiekt, das begonnene Werk der

Zertrümmerung der Arbeitslosenversicherung zu vollenden, der seinen Angestellten die Gehälter kürzt und die Werktätigen mit Massensteuern belegt, der die soziale Gesetzgebung abbaut und soziale Ausgaben trotz gesteigerter Massenverelendung einschränkt, er, der arme Staat, wird von der Sozialdemokratie als verpflichtet erklärt, den Geislarbenen in Paris und London den Schaden für schlecht angelegte Kapitalien zu ersetzen.

Die Hungerigen sollen die Satten msten. Eine Welle von Lohnraubzgen geht durch Oesterreich. Die Bauherren, die Metall- und Holzindustriellen, die Brotwucherer, Staat, Lrker und Gemeinden rsten zum Lohnraub oder sind bereits voll damit beschäftigt. (Wohl die einzige Beschäftigung der sterreichischen Unternehmer und Regierenden?)

Ob der Buresch-Regierung dieser gigantische Raubzug gelingt oder nicht — das parlamentarische Hungerregime wird — wenn

nicht unmittelbar an ihm — so an seinen unmittelbaren Folgen, verenden.
Dieser Raubzug ist nur mit dem Durchbruch der gegenwärtigen Lohnbasis und der sozialpolitischen Front des Proletariats zu verwirklichen.

Wohlan, der Tanz kann beginnen. Was die Machthaber und ihre reformistischen Lakaien bis jetzt immer zu schaffen wollten, nämlich die Arbeiterschaft zu zersplittern, ihrem Kampfwillen den Bremsklotz anzulegen, beschwören sie jetzt, ohne Absicht, aber durch die Kraft der Tatsachen, herauf. Die Kampfeinheit der Arbeiterklasse

wird erstehen wie ein reißender Strom im frhjahrlichen Tauwetter.

Nieder mit dem Hungerkurs und Faschismus!
Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

Der Kampf um Wien Ultraradikale Ohnmacht

Wir erzählen eine wahre Begebenheit: In einem proletarischen Bezirke Wiens spricht im Zellenabend der KP ein Referent der Zentrale über Gemeinderatswahlen. Er ist kaum zwölf Monate Mitglied der Partei. Er spricht im Pathos der tiefsten Ueberzeugung: „Genossen, bis vor kurzem war die Partei der Auffassung, daß die Gemeinde Wien sozialistisch verwaltet sei, jetzt aber ist sie darauf gekommen, daß sie sich geirrt hat. Wien ist die Hochburg des Kapitalismus...“

Liest man den Wahlaufruf und die übrigen Publikationen unserer Partei, so versteht man, wie es zu solchem Wirrwarr in den Köpfen der jungen Kaders kommt. Da heißt es im Wahlaufruf:

„In Wirklichkeit herrschen die Finanzmagnaten und Industriertter, die Besitzer der Fabriken, Banken und Häuser in Wien ebenso wie im Bund.“ „Wien, die Hauptstütze der Bourgeoisie zur Durchführung der arbeitfeindlichen Gesetze.“

Jeder Arbeiter wird sich verwundert fragen, ja weshalb stürmt denn die Bourgeoisie seit Jahren mit Gift und Galle gegen Wien? Und die SP-Bonzen reiben sich schmunzelnd die Hände. Die KP-Führung liefert ihnen die besten Argumente gegen die Kommunisten. Wir fragen diese kopflosen Stalinbrokraten, sind die kommunistisch verwalteten Gemeinden Deutschlands und Frankreichs, die selbstverständlich auch nicht über den Rahmen, den ihnen der kapitalistische Staat gezogen hat, hinausgehen können und in ihrer

Steuerpolitik und Verwaltung nur den eng begrenzten Raum haben, den der Staat den Gemeinden gewährt, um sich vor Übergriffen derselben zu schützen, auch „Hauptstützen der Bourgeoisie“?

Und noch eine Frage in diesem Zusammenhang. Sollen die Arbeiterparteien nicht gegen diese, den Gemeinden vom Staat auferlegten Fesseln ankämpfen, also für weitestmögliche Gemeindeautonomie, das heißt, für mehr Unabhängigkeit vom Staate kämpfen?

Die dreimal mit Blindheit geschlagenen Bürokraten des ZK erklären den Kampf um Gemeindeautonomie als Schwindel.

Demjenigen, dem nicht schon diese Fragestellung zeigt, in welche Sackgasse die KP von den Koplenigs und Hexmanns hineinmanövriert, sei gesagt: Gewiß herrscht in der bürgerlichen Gesellschaft die Bourgeoisie, also auch in den Gemeinden gelten die von der Klassengesellschaft gezogenen Grenzen und das Prinzip der bürgerlichen Ordnung. Aber es ist nicht einerlei, welche Partei in der Gemeinde regiert — die bürgerlichen Parteien, die wie im Bund ausschließlich ihre Klasseninteressen vertreten, oder ob in der Gemeinde die Kommunisten die Mehrheit, bezw. gewaltigen Einfluß haben und im Rahmen der mehr oder weniger großen Gemeindeautonomie (Selbstverwaltung) die Interessen der Arbeiter vertreten und im Reichsmaßstab für die größtmögliche Autonomie der Gemeinden eintreten. Seit jeher ist die Bourgeoisie bestrebt, die Rechte der Gemeinden zu begrenzen, um die Kapitalisteninteressen vor den Zugriffen der proletarischen Partei zu schützen.

Im Falle der Gemeinde Wien haben wir es — gemäß der Stellung Wiens als Großstadt — mit einem für die Bourgeoisie sehr unangenehmen Zustand zu tun, obgleich in Wien nicht Kommunisten, sondern Reformisten die Verwaltung der Stadt, kraft des Ueberwiegens der kleinbürgerlichen und proletarischen Bevölkerung, die sich im Schoße der SP gesammelt hat, innehaben.

Der Sturm der bis in die Knochen reaktionären Großbourgeoisie gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung ist ein Stück Klassenkampf, in dem das Proletariat nicht von der KP, sondern von der reformistisch-kleinbürgerlichen SP geführt wird. Es ist daher ein haarsträubender Unsinn, ein ins Gegenteil umschlagender Schein-Radikalismus, wenn

die zentristische KP-Führung sagt: „Wir verteidigen, heißt ein Stück Kapitalismus verteidigen“. Wir kommunisten verteidigen Wien nicht als das, was es unter der sozialdemokratischen Verwaltung ist, sondern gegen die Bestrebungen der Bourgeoisie, Wiens Verwaltung und Gesetzgebung ausschließlich in den Dienst der besitzenden Klasse zu stellen. Daher muß sich die Hauptstoßkraft der KP mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Bourgeoisie richten, nicht um die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu verteidigen, sondern um an den Tatsachen zu zeigen, daß die SP im Verlaufe der Jahre (Abgabenteilung usw.) Schritt um Schritt vor der Bourgeoisie kapituliert.

Die Popularisierung der kommunistischen Kritik darf sich nicht in solche der Reaktion entlehnte Gemeinplätze, wie „In Wirklichkeit schröpfen euch Büreau und Bretter gemeinsam“ versteigen, oder gar die Fäulnisorgane der Unternehmer als Lohnsteuer verschreiben. (Die „Dritte Fahne“ erweist dem Marxismus einen schlechten Dienst, wenn sie ihre ultraradikalen Hypothesen mit Marxzitat — die in ihrem Wesen etwas ganz anderes ausdrücken — aufpflzt.)

Es gibt wahrhaftig unzählige, ganz reale und konkrete Tatsachen, um den antiproletarischen, den arbeitervertretenden Charakter der sozialdemokratischen Gemeindepolitik aufzuzeigen. Gerade die gegenwärtige Lage entblößt die reformistischen Phrasen durch die Wirklichkeit und es bedarf nur einer richtigen, einer kommunistischen Parteilichung, um den proletarischen Massen den bürgerlichen Charakter der SP zu enthüllen und dieselben um die Fahne des Kommunismus zu scharen.

Die hyperradikale Phrasologie bewirkt das Gegenteil: nämlich, die zum Kommunismus neigenden Arbeiter in die Arme der SP zurückzuführen. Der schon mal verschützte Kampf gegen die SP hat zum Resultat eine ohnmächtige, isolierte kommunistische Partei.

Indem die kommunistische Linksoption rüchhaltslos für die Wahl der kommunistischen Liste am 24. April eintritt, will sie zum Ausdruck bringen, daß die KP trotz ihrer grundsätzlichen Politik und Taktik die revolutionäre Partei des Proletariats ist, während die SP in ihrer Politik nicht eine irrende proletarische Partei, sondern in ihrem Wesen eine bürgerliche Partei ist.

burg), die in großen Industriegebieten konzentriert ist (Lodz, Dombrowa, Kattowitz usw.), marxistische Tradition und eine revolutionäre Vergangenheit fehlt. Ebenso bekannt ist es, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse Polens demgemäß zum Kommunismus steht. Dazu kommt die breite bürgerliche Masse, insbesondere in den Minderheitsgebieten, die mit dem Kommunismus sympathisiert. Und an der Ostgrenze des Landes winken die Fahnen der Sowjetrepublik.

Und dennoch herrscht der bankrotte polnische Faschismus in vielen Jahren, schlachtet und henkt die revolutionäre Vorhut und bereitet sich offensichtlich auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vor.

Man sieht: damit der siegreiche Faschismus stürzt, bedarf es mehr, als der Nichtlösung der Wirtschaftskrise. Wie so mechanistisch denkt, hat nichts von der entscheidenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei zu hoffen.

Wenn in Polen, trotz seines offenkundigen Bankrotts, der Faschismus seit Jahren herrscht, so nur deswegen, weil die Komm. Partei Polens durch ihre Neutralität und Passivität den Pilsudski-Umsturz sich selbst und das polnische Proletariat emanant und in den folgenden Jahren, unter der gewaltigen Führung der Kominternstrategen, durch ähnliche Fehler wie in Deutschland (Sozialfaschismus, Gewerkschaftliche) es nicht verstand, die Arbeiterklasse von neuem zu sammeln. Auch der deutsche Faschismus wird, vorausgesetzt, daß ihm das Proletariat gestattet, zur Macht zu gelangen, die Wirtschaftskrise nicht lösen. Er wird die ungeheuren Widersprüche im System des deutschen Kapitalismus nicht mildern, sondern verschärfen. Er wird breite Massen, deren Verzweiflungstimmung ihm heute zugute kommt, zu blöden Anhänger, die das Opfer seiner beispiellosen sozialen Demagogie geworden sind, rasch enttäuschen. Das alles ist unbestreitbar.

Aber wenn ihm die starke kommunistische Partei Deutschlands gestattet, zur Macht zu kommen — nach dem weisen Grundsatz „Brüning und Hitler, das ist Jacke wie Hose“ —, dann wird sie diese verhängnisvolle Politik mit einer Katastrophe der Partei bezahlen und die verwirrte, geschlagene Arbeiterklasse wird das Opfer jener Demoralisation und Zersetzung werden, die zwangsläufig eintreten muß, wenn eine revolutionäre Bewegung kampflös ausweicht.

Und diese Zersetzung, diese Entwaffnung des Proletariats, das das Vertrauen zu seiner Klassenpartei verliert, ehe die Partei physisch vom Faschismus zerschlagen wird, das ist die Hauptstütze des siegreichen Faschismus.

Damit erledigt sich auch das satism bekannte Argument „Deutschland ist nicht Italien“, Gewiß, Deutschland ist nicht Italien. Aber das bedeutet nur, daß die Auswirkungen eines faschistischen Sieges in Deutschland noch verheerender wären, denn gerade infolge der relativen Stärke der revolutionären Bewegung in Deutschland müßte der Zusammenbruch der Partei noch furchtbarer wirken, als in Italien. Der italienischen Arbeiterklasse blieb der schwache Trost, daß sie geschlagen wurde, weil ihr noch eine Komm. Massenpartei gefehlt hat.

Was aber bliebe der deutschen Arbeiterklasse? Was bedeutet ein Block mit der Sozialdemokratie?

Der Vorschlag der Bolschewiki-Leninisten und Trotzki, mit der Sozialdemokratie zu versuchen, einen „Block“ gegen den Faschismus zu bilden, veranlaßt Münzenberg zu folgenden Worten:

„Das ist die Theorie eines völlig verlorenen und konterrevolutionären Faschisten.“ (Fettdruck im Original.)

Auf diese Worte Münzenbergs enthalten wir uns jeder Antwort, sie sprechen für sich selbst. Sie verfolgen einen ganz bestimmten Zweck: die unaufgeklärten 6-Monat-Kommunisten, die gegenwärtig die überwiegende Mehrheit der Partei bilden, in eine Pogromstimmung gegen uns, die Gruppe der Bolschewiki-Leninisten, zu versetzen. (Diese Wirkung setzt bereits ein. So wurde am 20. Februar das Mitglied der Reichsleitung der deutschen Linken, Genosse Wilhelm Zoller, ein fast sechzigjähriger Genosse, der an führender Stelle in der Gewerkschaft arbeitet und für die revolutionäre Einheitsfront wirkt, mit dem Ruf: „Parteivertreter“ auf der Straße niedergeschlagen; dem am Boden Liegenden wurden noch Fausthiebe verabreicht; Pogromhetze gegen andere führende Genossen der Linken sind alltäglich.)

Wir haben in unserer Resolution zur „Frage der Einheitsfront“ klar ausgedrückt, was der „Block“ mit der SPD ist und was er nicht ist:

„Dieses Kampfbündnis kann unter keinen Umständen die Einstellung des geistigen Ringens zwischen revolutionärer und demokratischer Orientierung, zwischen Kommunismus und Reformismus, bedeuten. Der Kampf um die Gewinnung der deutschen Arbeiterklasse für die Ideen der proletarischen Revolution erhält in den Aktionsausschüssen erst die notwendige außerparlamentarische Massenhaut.“ („Kommunist“, III. Jahrgang, Nr. 1.)

Diese unsere Auffassung liegt auf der Linie jener Beschlüsse, die die Exekutivsitzen der Komintern, Juni 1923, faßte und in denen es heißt:

„Schonungsloses Niederschlagen aller faschistischen Versuche, die Arbeiter zu terrorisieren und die Außenverhältnisse ihres Klassenlebens zu verhindern.“

Heranziehung der Arbeiter ohne Unterschied der Richtung zu diesem Kampfe. Aufforderung an alle Arbeiterparteien, Gewerkschaften und überhaupt an alle proletarischen Massenorganisationen zur gemeinsamen Abwehr des Faschismus.“

Und darum werden wir heute von den demoralisierten Bürokraten als „Konterrevolutionäre“ und „Faschisten“ bezeichnet. Die Fraktion Stalin und ihr Apostel Münzenberg antworten auf unsere Auffassungen, auf die Beschlüsse der linken Komintern:

„Nichts könnte die deutsche Arbeiterklasse und den deutschen Kommunismus so treffen und schädigen und den Faschismus so fördern, wie die Durchführung eines solchen verbrecherischen Vorschlages.“

Opportunist Münzenberg als Apostel des Stalinismus

(Schluß.)

Der Faschismus und die Sozialdemokratie.

Am 8. Januar 1924 trat das Präsidium des Ekki in Moskau zusammen, um die Lehren der deutschen Katastrophe von 1923 zu ziehen. Damals stellten sich die führenden Theoretiker der Komintern, an der Spitze Radek, und ebenso die Führer der deutschen Partei, auf den Standpunkt, daß in Deutschland der Faschismus bereits gesiegt hat. Radek begründete diese „Erkenntnis“ in klassischer Weise:

„Die Ursache, warum ich für absolut notwendig hielt, zu sagen, der Faschismus hat gesiegt, ist eine andere. Wenn der Faschismus gesiegt hat und die Sozialdemokratie sein Verbündeter ist — kein Bündnis mehr mit der Sozialdemokratie.“ („Die Lehren der deutschen Ereignisse“, S. 18.)

Hier enthüllte sich uns das erste Mal, wie die politische Analyse zur Prostituierten gemacht wird; die Kominternführung, die durch ihre falsche Taktik und durch die falsche opportunistische Anwendung der Einheitsfronttaktik („Arbeiter- und Bauernregierung“) Schiffbruch erlitten hatte, stellte sich auf den feigen Standpunkt, daß es gefahrloser ist, überhaupt auf die Einheitsfronttaktik zu verzichten und damit die „Fehlerquelle“ stillzulegen. Wie aber die „theoretische Basis“ für die Liquidierung der Einheitsfronttaktik finden? Man erklärte einfach: Der Faschismus hat im Bündnis mit der SPD gesiegt, er herrscht bereits, verbündet mit ihr! So wurde der „neue Kurs“ in der Komintern eingeleitet...

Das vergaß Münzenberg mitzuteilen, als er den Beschluß des 5. Weltkongresses (1924) zitierte, der diesen neuen Kurs nur fortsetzte, indem er erklärte, es „nehmen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, einen mehr oder weniger faschistischen Charakter an...“

Seit dieser Zeit steht die Komintern auf dem assalleanischen Standpunkt von der einen „reaktionären Masse“.

Ist wirklich der Faschismus kein besonderes, politisches System, sondern eine neue Methode politischer Herrschaft des Kapitalismus, die von allen bürgerlichen Parteien angewandt wird?

Wer im Faschismus nur eine neue Methode sieht, die gegenwärtig von allen bürgerlichen Regierungen und Parteien, „insbesondere von der Sozialdemokratie“ angewandt wird, idealisiert damit die bürgerliche Demokratie, denn er erweckt die Vorstellung, daß die reaktionären Gewaltanwendungen gegen das Proletariat — wie sie besonders die „freieste Demokratie“, die USA, bereits in der Vorkriegszeit aufwies — mit dem Wesen der „echten“ bürgerlichen Demokratie unverträglich sind.

Nein, was wir gegenwärtig in Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei usw. haben, das ist nicht der Faschismus, sondern — vor allem in Deutschland und Oesterreich — die letzte Form der bürgerlichen Demokratie, die sich nur mehr mit Gewalttaten und diktatorischen Maßnahmen behaupten kann.

Rein formal betrachtet, kann eingewendet werden: Ja, aber in Deutschland hat ja bereits der Parlamentarismus zu existieren aufgehört. Diese formale Betrachtungsweise ist völlig falsch; in Polen, Ungarn, Bulgarien gibt es Parlamente und dennoch haben wir in diesen Ländern (nicht völlig entwickelte) faschistische Regierungssysteme. Wo liegt also das Kriterium? Wo liegen die prinzipiellen Unterschiede zwischen diesen beiden Herrschaftsformen der Bourgeoisie?

Die bürgerliche Demokratie — selbst in ihren reaktionärsten Formen — geht davon aus, daß der „soziale Frieden“ nur dadurch aufrecht erhalten werden kann, wenn die Arbeiterbewegung gewisse, gesetzlich verankerte Möglichkeiten besitzt, ihren Protest zu demonstrieren. Sie läßt Parteien, Ge-

werkschaften und Presse der Arbeiterbewegung — trotz Schikanen und Willkürakte — im Prinzip zu. Der Faschismus geht davon aus, daß der „soziale Frieden“ nicht mehr besteht und angesichts der Forderungen, die das Kapital an das Proletariat stellt, auch gar nicht mehr aufrechterhalten werden kann und daß es nur ein Mittel der Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft gibt: Kriegszustand gegen das Proletariat. Vernichtung aller seiner Organe und Erstickung jedes Protestversuches.

Die Hauptstütze der Bourgeoisie in der Periode der bürgerlichen Demokratie ist die Sozialdemokratie. Die bürgerliche Demokratie besteht ja geradezu auf dem Pakt: die Bourgeoisie läßt den sozialen Protest der Arbeiterklasse in gewissen Grenzen zu und der Reformismus garantiert der Bourgeoisie, daß der soziale Protest sich in den von der Bourgeoisie gesteckten Grenzen hält und nicht den Charakter der sozialen Revolution annimmt.

Den Uebergang zum Faschismus kann die Bourgeoisie niemals und unter keinen Umständen mit der Sozialdemokratie vollziehen. Nicht weil die Sozialdemokratie zu „revolutionär“ ist. Sondern einfach, weil die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie im Namen der Bourgeoisie den Kriegszustand gegen das Proletariat erklären muß, gleichzeitig ihre Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Oenossenschaften, Sport, Kultur usw.) liquidieren, also sich selbst vernichten müßte. Die „Stütze“ der Bourgeoisie wäre aber damit liquidiert.

Darum muß die Bourgeoisie ein anderes Massenfundament suchen, wenn sie zum Faschismus übergeht und sie findet dieses in dem Reservoir der von ihr zugrundegeleiteten kleinbürgerlichen Massen, die sie gegen das Proletariat mobil macht. Die Parteien dieser Massen, die NSDAP in Deutschland, die Heimwehren und die Nazis in Oesterreich — sie müssen die Sozialdemokratie zerschlagen, denn nur auf diesem Wege können sie den Platz einnehmen, den heute die SP im Rahmen der Kapitalsdiktatur innehat.

Von alledem hat Münzenberg früher etwas verstanden. Aber die wirtschaftlichen Interessen seines bankrotten Zeitungskonzerns haben ihn zur Kapitulation vor jenem Kretinismus veranlaßt, der heute in der Komintern herrscht. „Weß Brot ich eß, deß Lied ich sing!“

Die Folgen eines faschistischen Sieges.

„Aber unmittelbar für eine absehbare Zukunft: für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre würde der Sieg des Faschismus die Unterbrechung in der Entwicklung der revolutionären Erfolge bedeuten“, schreibt Trotzki und drückt damit eine für jeden Marxisten unbestreitbare Wahrheit aus.

Darauf antwortet Münzenberg: 1. Wie soll es denn dem Faschismus gelingen, die Wirtschaftskrise zu lösen? Als ob Trotzki oder irgendeiner von uns je behauptet hätte, der siegreiche Faschismus werde die Wirtschaftskrise lösen? 2. Deutschland ist nicht Italien, hier wird „eine fast achtzigjährige Tradition“ im Klassenkampf der Arbeiterklasse nicht geduldet das faschistische Joch tragen lassen, wie in Italien.

Das eine Argument taugt genau so viel wie das andere, nämlich: nichts!

Ist es wirklich so, daß der Faschismus die Wirtschaftskrise lösen muß, wenn er sich längere Zeit an der Macht behaupten will? Wir sehen in Polen einen jahrelangen Verfallungsprozeß der Industrie, eine Agrarkrise von verheerendem Ausmaß. Abgesehen davon hat der polnische Faschismus die Nationalitätenfrage nicht nur nicht gelöst, sondern noch verschärft. Niemand darf behaupten, daß der polnischen Arbeiterklasse, die bereits 1905 zur Waffe des politischen Massenstreiks griff, aus deren Reihen die besten Marxisten außerhalb Rußlands hervorgingen (Rosa Luxemburg)

Schlussbemerkungen.

An dieser Stelle angelangt, wird mancher unserer Leser eine Reihe Fragen nicht unterdrücken können: Ja, kann es die KPD, mit einer solchen Führung ausgestattet, mit solch „Ideen“ beschmutzt, überhaupt noch einen ernsthaften Kampf führen? Ist die Partei nicht verloren, die in solchen Händen liegt? Besteht denn überhaupt noch die Möglichkeit in der kurzen Frist, die uns gegeben ist, die Fraktion des Zentrismus aus der Parteiführung zu drängen?

Darauf läßt sich in Kürze nur folgendes antworten: Unsere Partei besteht im wesentlichen aus 4 Gruppen. Die überwältigende, zahlenmäßige Mehrheit bildet eine noch völlig ungeformte, unwissende Masse junger Parteimitglieder, die mit den Ideen des Marxismus kaum noch in Berührung gekommen ist. Diese Masse ist zweifellos Rohstoff für eine komm. Partei, heute besteht sie noch nicht aus Kommunisten. Die Tätigkeit der Linken und ihre eigenen Erfahrungen werden die besten unter ihnen zum Kommunismus führen — an die Seite der Linken.

Die nächste Gruppe ist die große Masse der „Abwartenden“. Sie umfaßt viele tausende der besten und aktivsten Parteigenossen, die bereits spüren, daß „etwas in der Partei nicht stimmt“. Aber die Genossen sehen noch nicht die Wurzeln des Übels, sie glauben, es handle sich um ver-

einzelte Fehler, und vor allem: sie fürchten den Ausschluß und darum schweigen sie heute noch. Neue Erfahrungen werden ihnen die Zunge lösen.

Über diese beiden Gruppen erhebt sich der untere und mittlere Apparat der Partei, zum Großteil durchsetzt mit Elementen, die materiell mit der Partei verbunden sind, Parteiangestellte, Vettern und Freunde dieser Leute, gewogene Angestellte, die auf Posten warten, und solche, die auf Posten vorbereitet sind. Ein Schwarm von anmaßenden und unzuverlässigen Bürokraten, die nur von einem Gefühl beherrscht werden von der „Generallinie“ durch ein Versehen abgezogen.

Das sind zum Großteil dieselben Leute, die Marlow in den Stufen hoben und des nachts von Ruth träumten, die Brandler schändlich ergebn waren und auf Thalheimers „Leninismus“ billige Schwüre ablegten. Das sind die Leute, die wir uns merken müssen, denn sie werden eines Tages, wenn die Revolution in der Partei beginnt, uns vertraulich zuwinkern und versuchen, sich „umzuorientieren“.

Und oben, die politischen Leichen, deren theoretische Ausdrückung die Partei verstanden, diese feige und zynische Parteiführung, mit der es keinen Frieden geben kann, die aus den Reihen der Partei gestoßen werden müssen, denn

sie haben tausendfach bewiesen, daß sie wirkliche Feinde jener Ideen sind, die einzig und allein die Partei zum Siege führen werden.

So ist die Lage in der Partei. Wir Linken setzen unsere ganze Kraft darein, die unteren, revolutionären, wenn auch noch unerfahrenen Kadern der Partei aufzuklären, auf richtigen Weg zu führen. Die Partei als Ganzes ist zu einem erfolgreichen revolutionären Massenkampf unfähig, aber ihr proletarischer Kern ist fähig und willens, zu kämpfen. Vergeben wir nicht, daß auch die bolschewistische Partei nicht einheitlich in den roten Oktober ging, daß gegen die Gruppe Lenin die Gruppe Stalin-Sinowjew-Kamenew stand.

Gewiß ist unsere Lage in der KPD, unvergleichlich schwieriger; wir müssen als unbekannt Soldaten des revolutionären Marxismus erst im zähesten Kampf, Mann um Mann, die neue Linke in der Partei, von unten aufbauen. Wir besitzen keine Garantien des Sieges zur rechten Zeit, d. h. in der Frist, die uns zur Vorbereitung des Entscheidungskampfes mit dem Faschismus noch zur Verfügung steht. Aber es wäre müßig, sich Spekulationen über die Zukunft hinzugeben; entschieden wird darüber im Kampf werden, im unversöhnlichen Kampf zwischen der Linken und der herrschenden zentristischen Gruppe in der Partei.

Keine Illusionen, kein Zaudern mehr — der Faschismus steht vor den Toren! Die furchtbare Lehre der Präsidentenwahl

Am 13. März hat der Faschismus in Deutschland Heerschau über seine Kräfte gehalten. Er hat 11,5 Millionen Stimmen gesammelt. Aber diese Zahl besagt noch nichts. Nicht das allein ist ausschlaggebend, daß er seit den Reichstagswahlen seine Stimmen fast verdoppelt hat.

Entscheidend ist, daß er in die proletarischen Zentren Deutschlands weit vorgedrungen ist.

Im proletarischen Mitteldeutschland hat er mit 273.000 Stimmen die KPD weit überflügelt, in den Industriezentren Westdeutschland, wie in Westfalen-Süd hat er mit 363.000 Stimmen die KPD weit hinter sich gelassen, (280.000) und seit den Reichstagswahlen nicht weniger als 170.000 Stimmen gewonnen, in Westfalen-Nord mit 318.000 seinen Anhang verdoppelt, während der KPD nur die erhöhte Wahlbeteiligung zugute kam, in Düsseldorf-West bucht die NSDAP einen Gewinn von 100.000, in Düsseldorf-Ost von mehr als 120.000 Stimmen, während die KPD in beiden Kreisen annähernd unverändert blieb. In den Industriestädten des Ruhrgebietes hat die KPD sogar meistens Stimmen eingebüßt, so in Bochum 33.461 (1930:34.359), in Essen 86.879 (88.742) in Düsseldorf 69.055 (72.027) und dies, obgleich fast um 3 Millionen mehr Stimmen abgegeben wurden als 1930. Es klingt wie blutiger Hohn, wenn die Herren vom „Vorwärts“ angesichts solcher Tatsachen erklären:

„Der Einbruch in das Industrieproletariat an Ruhr und Rhein ist den Nazis nicht gelungen.“

Nicht weniger ernst ist die Situation im industriellen Sachsen. Im Kreis Dresden-Baukau verdoppeln die Nazis mit 342.000 gegen 180.000, ihre Stimmen, im Kreis Leipzig erreichen sie mehr als das Doppelte (237.000 gegen 116.000) und in Chemnitz-Zwickau verstärken sie mit einem Stimmengewinn von mehr als 200.000 gewaltig ihre Position, während die KPD ihre Stimmzahl nur im letzten Kreis nennenswert erhöht (236.000 gegen 204.000). Das sind nur einige, charakteristische Ergebnisse, die durch zahlreiche andere ergänzt werden können.

Besonders katastrophal ist das Ergebnis von Groß-Berlin. Hier hat Hitler seine Stimmen fast verdoppelt, während die Partei mehr als 40.000 Stimmen einbüßt. Am roten Wedding verliert die Partei nicht weniger als 9000 Stimmen, in Neukölln 3000, in Charlottenburg 5000, am Kreuzberg mehr als 6000.

Diesen Ergebnissen in den industriellen Zentren stehen sehr bemerkenswerte Ergebnisse in halbindustriellen oder ländlichen, kleinstädtischen Gebieten gegenüber. So gewinnt die Partei im Kreise Baden mehr als 70.000 Stimmen, d. h. weit mehr als 50 Prozent, in Niederbayern mehr als 40.000 Stimmen, das sind zirka 35 Prozent, in Thüringen mehr als 50.000, im Kreise Weser-Ems 20.000 Stimmen, das sind 40 Prozent, Koblenz-Liefer 30 Prozent, Oberbayern-Schwaben mehr als 30 Prozent, Pfalz mehr als 30 Prozent. Die Tendenz ist unverkennbar:

Die Partei dringt in kleinstädtische Schichten ein und verliert im Proletariat, in den Industriezentren, an Boden.

Dieser Prozeß, der sich gegenwärtig erst als eine Tendenz feststellen läßt, entspricht durchaus dem politischen Kurs des Zentrismus in der Partei.

Wie hat die Partei den Kampf geführt?

Die Parteiführung ist in die Präsidentenwahl im Zeichen der „Volksrevolution“ gezogen. Thälmann, das ist, erklärte sie immer wieder von neuem,

„der Kandidat der Armen gegen die Reichen“,

die klassenmäßige Ausrichtung der Fronten trat stark in den Hintergrund.

Statt Thälmann als das Organ, den Beauftragten der Partei hinzustellen, statt die Partei in den Mittelpunkt zu stellen, wurde — nach Hitler'schem Vorbild — der „große Mann“ herausgestellt

und die Partei als Anhang Thälmanns hingestellt. Statt die Fragen des Klassenkampfes in Deutschland klar und deutlich aufzurollen, statt eines konkreteren, unmittelbaren Aktionsprogrammes marschierte die Partei im Zeichen des extremsten Nationalbolschewismus, gegen „Young-Sklaverei und Tributnechtschaft“.

Statt die Hauptstoßkraft des Kampfes gegen den Faschismus zu richten und den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, daß nur die revolutionäre Politik, niemals aber die reformistische den Faschismus schlagen kann, richtete die Partei die ganze Agitation gegen die „einige, reaktionäre Masse“ von Wels bis Hitler!

Die Bilanz des Kampfes.

Die Folgen dieser Politik sind verhängnisvoll. Obgleich in der Arbeiterklasse eine leidenschaftliche Empörung über die sozialdemokratische Hindenburg-Politik sichtbar wurde, hat die Partei keine sozialdemokratischen Arbeiter gewonnen. Mit einer Stimmzahl von 5.000.000 hat die Partei um 500.000 Stimmen mehr als 1930. Wenn man aber die erhöhte Wahlbeteiligung und den Anhang der SAP in Betracht zieht — so hat die Partei faktisch nichts gewonnen; aber innerhalb der Wählermasse hat sich eine Verlagerung zu ungunsten des proletarischen Charakters des Anhangs der Partei ergeben.

Das Lager der Militärdiktatur Hindenburg-Brüning-Gröner hat sich behauptet; insbesondere dort, wo die SPD ausschlaggebend ist. Es ist dem Reformismus zweifellos gelungen, mehr Arbeiter für Hindenburg zu gewinnen, als der Anhang der SPD ist. Es sind zweifellos auch Arbeiter, die ihre Stimmen nicht der SPD geben würden, in die Hindenburgfront eingeschwenkt.

Das Lager des Faschismus ist gewaltig erstarkt. Wohl haben die Nazis den Durchbruch, den sie angekündigt haben, nicht erreicht. Aber sie sind, wie wir sehen, ungeheuer vormarschiert. Das jammervolle Gequassel der Remmele, Thälmann & Co. bis vor kurzem vom „Stillstand des Faschismus“ — es klingt wie ein blutiger Witz und wird nur von den betrügerisch-prahlerischen Deklamationen des „Vorwärts“ übertroffen, der jetzt schreibt:

„Deutschland liegt am Rande des Abgrundes. Sozialdemokratische Arbeiterfronten haben es zurückgerissen.“

Nein, die deutsche Arbeiterklasse nähert sich immer mehr dem Abgrund und die sozialdemokratische Hindenburg-Politik ist es, die sie hintertreibt, während sich die Führung der KPD als unfähig erweist, die Arbeiterklasse den Weg des revolutionären Massenkampfes zu führen, den Reformismus zu liquidieren. Noch ist es nicht zu spät — aber es ist 5 vor 12!

So sehr wir den schmachvollen Betrug der Re-

formisten brandmarken, die die Arbeiterklasse durch Illusionen entwirren und sie über den Ernst der Lage täuschen, so scharf wir uns gegen die Politik des Zentrismus in unserer Partei wenden müssen, der den wirklichen Faschismus vor lauter Faschismus nicht sieht — so gefährlich wäre es, wenn wir uns durch die Stimmzahl des Faschismus täuschen ließen. Nein, seine Kraft drückt sich wahrhaft nicht in seiner Millionenziffer aus. In diesem chaotischen, buntgewürfelten sozialen Heerhaufen vermischt sich wildgewordene Speiße, die alten Jungfern des Wilhelmismus mit den Massen kleinbürgerlicher Jugend, die ohne Ausweg dahinvegetiert, aber auch mit ansehnlichen Teilen arbeitslosen Proletariat, insbesondere Jugendlicher. Die Stoßkraft dieser heterogenen Masse ist nicht mittels ihrer Stimmzahl meßbar. Wir haben immer und immer darauf hingewiesen, daß die Kraft des Faschismus einzig und allein in der Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse liegt, in der Verzweigungssumme, die in ihren Reihen angesichts der Erfolglosigkeit der Aktionen des Zentrismus, angesichts des permanenten Verrats des Reformismus, aufkeimt.

Wird es gelingen, die Arbeiterklasse im Kampf zu sammeln, wird die

neue Einheit der Arbeiterklasse,

die Einheit auf dem Boden des revolutionären Massenkampfes erstehen, wird die richtige Politik der Kommunisten die Kampffähigkeit der Massen wiederherstellen, den Reformismus schlagen — dann werden die verwirrten Arbeiter, die heute sich mit dem Faschismus bereits abgefunden haben, wieder zur Klassenfront stoßen, dann wird der Faschismus — heute zusammengehalten durch die Schwäche des Proletariats — wieder in seine ursprünglichen Bestandteile zerfallen und seine soziale Demagogie, die allen alles verspricht, wird sich gegen ihn selbst richten.

Die Wahlen des 13. März waren ein Menetekel! Sie waren es vor allem für uns Kommunisten! Sie zeigen uns, wie weit es der Zentrismus in der Partei gebracht hat. Die Massen, die voller Enthusiasmus im Verlaufe der Zeit zur Partei stoßen — er entwirrt sie geistig, er brückt ihnen durch sein bürokratisches System das Rückkrot, er zermalmt — einer ungeheuren Knochenmühle vergleichbar — die markigen Knochen der Arbeiterklasse, ihre revolutionären Ideen, ihre schöpferische Initiativkraft, ihren Willen, ihr Denken, ihre gesamte Aktionskraft. Das ist die Wurzel des Übels, hier findet der Reformismus die Quelle seines Weiterbestandes und der Faschismus die Möglichkeit, zu erstarken.

Den Faschismus schlagen — das heißt die revolutionäre Partei aktionsfähig zu machen. Wehe unserer Partei und dem deutschen Proletariat, wenn es uns nicht rechtzeitig gelingt!

Oppositionelle Schmarotzer

Vor uns liegt ein Flugblatt der österreichischen Brandlerianer über die deutschen Präsidentenwahlen. Schon die oberflächliche Durchsicht dieser Schrift läßt jeden, der einigermaßen mit den Auffassungen der linken Opposition (Bolschewist-Kommunisten) vertraut ist, erkennen, daß der Verfasser (Schlamm) nicht ohne Nutzen zum Aufputz seiner opportunistischen Grundposition die Schriften der linken Opposition (insbesondere Trotzki's) gelesen hat.

Mit der Gesamtheit eines zentristischen Bürokraten versucht er seine rechts-opportunistische Position aufzutupfen und belehrt die Parteimitglieder, daß das Uebel eigentlich nur in der Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik liegt. Mit Recht wird jeder denkende Parteigenosse fragen, welche theoretischen und ideologischen Schlüsse, welche sozialen Erscheinungen haben die Komintern in den ultralinken Radikalkurs hineingebracht, der zur Brüskierung der Einheitsfronttaktik und der leninischen Strategie geführt hat?

Darauf geben die Brandler und Schlamm keine Antwort. Sie billigen vorbehaltlos den zentristischen Kurs Stalins in

Rußland, sie billigten den liquidatorischen Rechtskurs Stalins (1924-28), der zum Block mit dem englischen Streikbrecher-generalrat führte, sie verteidigten das Bündnis mit Tschang-kaischek, das die chinesische Revolution zugrunde richtete, die KP Chinas liquidierte und die chinesische Arbeiterklasse wehrlos ihren Henkern ausliefern, sie billigten den gesamten Kominternkurs bis 1928, der nur die Uebertragung des zentristischen Rechtskurses in Rußland auf die Komintern war. Warum erheben sie jetzt (1928-32) ihre oppositionelle Stimme gegen den ultraradikalen Kurs?

Darüber sagt Trotzki treffend in seiner neuesten Schrift „Was nun?“:

„Indes ist das Rätsel längst schon durch die linke Opposition gelöst: es handelt sich um einen ultralinken Zickzack des Zentrismus. Aber gerade diese, durch die Entwicklung der letzten 9 Jahre bestätigte Definition können die Brandlerianer nicht anerkennen, denn sie bedeutet den Todesstoß gegen sie selbst. Sie haben mit der Stalinfraktion alle ihre rechten Zickzacks mitgemacht, sich aber gegen die Linken erhoben: damit haben sie bewiesen, daß sie der rechte Flügel des Zentrismus sind.“

Daß sie als verdorrter Ast von ihrem Vaterstamm gefallen, entspricht ganz der Ordnung der Dinge: an scharfen Wendepunkten des Zentrismus splittieren unvermeidlich Gruppen und Abfälle nach rechts und links ab."

Und weiter sagt Trotzki:

"Die Politik einer jeden Gruppe muß man an mehreren Etappen analysieren: in Defensiv- und Offensivkämpfen, in Perioden der Flut wie in Momenten der Ebbe, unter den Bedingungen des Kampfes um die Massen wie in der Situation des direkten Machtkampfes."

Die deutschen Rechten und ihr österreichischer Berater Schlam haben in der Vergangenheit und Oegenwart nur bestätigt, daß sie mit dem Zentrismus der Schule Stalins immer dann konform gehen, wenn sich dieser im rechten Zickzack befindet. Dasselbe trifft im Grunde genommen auch für den Außenseiter Frey zu, der sich von andern Rechten nur durch seine personelle Note unterscheidet.

Aus der Internationale Die Gruppe des permanenten Opportunismus

Wir wollen uns heute nur ganz kurz mit der Gruppe „Permanente Revolution“ befassen, die seit nahezu einem Jahr durch ihren permanenten Opportunismus und durch die tragikomische Unwissenheit ihrer „Führer“ den Kampf der deutschen Linken kompromittiert und zu einem Faktor der Zersetzung und der Verwirrung in den Reihen der Kommunisten geworden ist. Das Häuflein aus der deutschen Linken mit Schimpf und Schande hinausgeworfener Opportunisten, deren Führer bereits 1931 bei der Sozialdemokratie (Richard Neumann-Sturm) oder bei Stalin gelandet sind (Frank-Gräf), würde keine Sekunde lang einer kritischen Auseinandersetzung wert sein, wenn nicht Gen. Trotzki — mit dem die deutschen Linken eine Reihe Differenzen in internationalen Fragen (Rußland, Frankreich, Oesterreich usw.) haben — diese Gruppe künstlich am Leben erhalten würde. Das zwingt uns, in allerhöchster Zeit ausführlich den ganzen Fragenkomplex zu behandeln. Für heute wollen wir nur an drei Fragen, die die allerletzte Zeit betreffen, den opportunistischen und liquidatorischen Charakter dieser Clique aufzeigen.

Die Permanentler und die Walcherguppe.

Bekanntlich hat sich vor einigen Monaten die Walcherguppe von Brandler losgelöst. Wir haben im „Kommunist“ (3. Jahrgang, Nr. 1) den opportunistischen Charakter dieser Gruppe aufgezeigt.

Die Gruppe „Perm. Revolution“ aber weigert sich hartnäckig, kritisch zu dieser Gruppe Stellung zu nehmen, die soeben ihren Eintritt in die SAP vollzieht. Das ist um so bemerkenswerter, da bereits im November eine offizielle Aussprache zwischen P. Frölich, Günther Hoppe auf der einen, Joko und noch eines Permanentlers auf der anderen Seite stattfand, so daß Ideen und Ziele der Walcherguppe den Permanentlern seit 4 Monaten „aus erster Quelle“ bekannt sind.

Die Walcherguppe, die mit allen Mitteln in der SAP versucht, die revolutionären Arbeiter vom Uebergang zur KPD, „der konterrevol. Partei“, aufzuhalten, wird von uns aufs schärfste bekämpft. Wir müssen gestehen, daß wir es nicht gerade begrüßen, wenn sich die Walchereute der SAP dabei auf ihre „Verbindung mit Trotzki“ berufen, wobei sie Briefe Trotzki an Boris G. (Berlin) und an einen Funktionär in Frankfurt a. M. kursieren lassen.

Mit Recht wenden sich jetzt auch die Schweizer Linksoppositionellen an die internationale Opposition und stellen fest: „Die Walcher-Frölich aber haben von Beginn eine menschenwütisch-liquidatorische Position bezogen. Anstatt dies offen auszusprechen, benützte die „Perm. Revolution“ die Kämpfe bei den Rechten für eine unzweideutige Anbiederung an die „Minderheit“...“

Die Permanentler und die SAP.

Die Permanentler behaupten, daß sich die „SAP-Arbeiter vom Zentrismus lösen und sich dem „Trotzkismus“ zuwenden“ („Perm. Revolution“ Nr. 4, II. Jahrg.). An anderer Stelle wieder meinen sie von der SAP-Jugend: „Offensichtlich wäre sie bereit, sich unter seine (Trotzkis. Ann. d. Red.) Führung (nicht die seiner Gruppe) zu stellen.“ (Intern. Bulletin, Nr. 14.) Man beachte die Unterscheidung, die sie selbst offenerzig machen!

Aber in Wirklichkeit liegen die Dinge noch ganz anders! Haben diese Opportunisten wirklich Einfluß auf revol. SAP-Arbeiter? Von einer Charlottenburger Versammlung berichten sie: „Ein anderer SAP-Genosse Wegner hielt der „Einheitsfronttaktik“ der Partei die Lenins gegenüber.“ („Perm. Revolution“, Nr. 5, II. Jahrg.) Das ist doch ein Erfolg, nicht?

Aber diese berufsmäßigen Opportunisten, diese chrolosen Liquidatoren „vergessen“ mitzuteilen, daß es ein „künstlicher“ SAP-Genosse, daß es ein Mitglied ihrer Reichsleitung, daß es ihr eigener verantwortlicher Redakteur (siehe „Perm. Rev.“, Februar 1932, Nr. 3) ist, den sie aus betrügerischen Gründen als SAP-Linken auftreten lassen!

So geben sich diese Bankrottueure selbst preis, so verunglimpfen sie ihr eigenes Gesicht, so betrügen sie die komm. Arbeiter, die SAP-Linken, die Linksoppositionellen im Ausland und schließlich sich selbst.

Die Permanentler und die Präsidentschaftswahl.

Die Permanentler klagen die Partei an, daß sie dadurch, daß sie selbständig in den ersten Wahlgang ging, „das Vertrauen breiter Arbeitermassen zur Partei weiter untergräbt“. Im Namen der Einheitsfronttaktik, natürlich! Man kann diesen Standpunkt, den auch Brandler und Urbahn teilen, beziehen. Schließlich kommt es doch bei den Permanentlern auf eine opportunistische Entgleisung (man denke nur an ihr Bekenntnis zur „Arbeiter- und Bauernregierung“) mehr oder weniger nicht an.

Warum unterschlagen sie aber Telegramm und Brief des Gen. Trotzki, in denen er gegen diese „grundfalsche“ Stellung, wie er schreibt, Protest einlegt?

Demokratie und Faschismus

Aus „Was nun“ von Leo Trotzki

Das XI. EKKI-Plenum fand sich bemüht, mit jenen fehlerhaften Auffassungen Schluß zu machen, die sich stützen auf die „liberale Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, wie auch zwischen den parlamentarischen Formen der bürgerlichen Diktatur und den offenen faschistischen Formen...“ Der Wesenskern dieser stalinischen Philosophie ist sehr einfach: aus der marxistischen Verneinung eines absoluten Gegensatzes leitet sie die Verneinung des Gegensatzes überhaupt ab, und sei er auch relativ. Es ist dies der typische Fehler des Selberradikalismus. Wenn aber zwischen Demokratie und Faschismus keinerlei Gegensatz besteht, nicht einmal auf dem Gebiete der bürgerlichen Herrschaftsformen, müssen beide Regimes einfach miteinander zusammenfallen. Die Schlußfolgerung: Sozialdemokratie = Faschismus. Aus irgendeinem Grunde nennt man indes die Sozialdemokratie Sozial-Faschismus. Was in diesem Zusammenhang sozial eigentlich bedeutet, hat man uns bis jetzt immerhin nicht erklärt.

Allein die Natur der Dinge wechselt nicht mit den Beschlüssen des EKKI-Plenums. Zwischen Demokratie und Faschismus besteht ein Gegensatz. Er ist durchaus nicht „absolut“ oder, um in der Sprache des Marxismus zu reden, bezeichnet durchaus nicht die Herrschaft zweier unversöhnlicher Klassen. Aber er kennzeichnet verschiedene Herrschaftssysteme ein und derselben Klasse. Diese beiden Systeme: das parlamentarisch-demokratische und das faschistische stützen sich auf verschiedene Kombinationen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und geraten miteinander unvermeidlich in schroffe Zusammenstöße.

Die Sozialdemokratie, jetzt Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes, stützt sich auf die Arbeiter. Der Faschismus auf das Kleinbürgertum. Die Sozialdemokratie kann ohne Arbeiter-Massenorganisationen keinen Einfluß üben. Der Faschismus seine Macht nicht anders befestigen als durch Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Hauptarena der Sozialdemokratie ist das Parlament. Das System des Faschismus fußt auf der Vernichtung des Parlamentarismus. Für die monopolistische Bourgeoisie stellen parlamentarisches und faschistisches System bloß verschiedene Werkzeuge ihrer Herrschaft dar: sie nimmt zu diesem oder jenem Zuflucht in Abhängigkeit von den historischen Bedingungen. Jedoch für die Sozialdemokratie wie für den Faschismus ist die Wahl des einen oder des andern Werkzeugs von selbständiger Bedeutung, noch mehr, die Frage ihres politischen Lebens oder Todes.

Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die „normalen“ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen

Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdiminten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschensexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt. Vom Faschismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit: hat sie einmal die Methoden des Bürgerkriegs zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben. Und die faschistische Agentur, die das Kleinbürgertum als Prellbock benützt und alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, leistet die Arbeit bis zum Ende. Der Sieg des Faschismus führt dazu, daß das Finanzkapital und unmittelbar alle Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung in stählerne Zangen zwingt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltungen, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften. Die Faschisierung des Staates bedeutet nicht nur Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -griffe — auf diesem Gebiete sind die Veränderungen letzten Endes von zweitrangigem Charakter — sondern vor allem und hauptsächlich Zertürmung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphem Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die die selbständige Kristallisierung des Proletariats unterbinden sollen. Eben darin besteht das Wesen des faschistischen Regimes.

Dem Gesagten widerspricht in keiner Weise die Tatsache, daß sich zwischen demokratischem und faschistischem Regime während einer gewissen Periode ein Uebergangsregime herausbildet, das Züge des einen und des anderen in sich vermerkt: dies ist überhaupt das Gesetz der Ablösung zweier sozialer Regimes, selbst unversöhnlich miteinander verfeindeter. Es gibt Augenblicke, wo sich die Bourgeoisie sowohl auf die Sozialdemokratie wie auf den Faschismus stützt, d. h. sich zu gleicher Zeit ihrer versöhnlicheren und ihrer terroristischen Agentur bedient. So in gewissem Sinne die Kerenski-Regierung während der letzten Monate ihrer Existenz: halb stützte sie sich auf die Sowjets, um gleichzeitig in Verschwörung mit Kornilow zu sein. So die Brüning-Regierung, die auf einem Seile zwischen den beiden unversöhnlichen Lagern tanzt, den Stab der Notverordnungen in den Händen. Doch ein derartiger Zustand von Staat und Regierung hat vorübergehenden Charakter. Er bezeichnet die Uebergangsperiode, wo die Sozialdemokratie bereits der Erschöpfung ihrer Mission nahe ist, während zu gleicher Zeit weder Kommunismus noch Faschismus schon für die Machteroberung bereit sind.

Abonnenten

erfüllt eure Pflicht

Die Durchsicht unserer Kataster hat ergeben, daß unsere Abonnenten in Wien und der Provinz, die durch Erlagscheine ihr Abonnement einsenden, fast durchwegs saumselig ihre Beträge einsenden. Die meisten lassen zwei bis drei Vierteljahre und mehr zusammenkommen, ehe sie ihre fälligen Beträge einsenden. Die Folge davon ist, daß wir mit den fälligen Geldern bei unserer Kalkulation nicht rechnen können und dieselben sehr vermissen. Die Schwierigkeiten, die uns daraus erwachsen, sind nicht unbedeutend.

Nur durch die größten Anstrengungen gelang es uns, den „Mahnruf“ auf das große Format umzustellen. Die gesamte Lage, in der sich die Arbeiterschaft und die KPD befindet, erfordert die größten Anstrengungen unsererseits. Daher ist das rechtzeitige Vorhandensein der finanziellen Mittel eine wichtige Voraussetzung zur Erfüllung unserer Aufgaben. Ihr Abonnenten könnt diesen Kampf am besten unterstützen, indem ihr eure Pflicht erfüllt und regelmäßig die fälligen Abonnementbeiträge nach Erhalten der Erlagscheine einsendet. Holt das Versäumte unverzüglich nach!

Die Verwaltung des „Mahnruf“.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundastal 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung: Die furchtbaren Lehren der Präsidentschaftswahlen.

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Was uns Arbeiter schreiben.

Eine Anfrage an die SP.-Parlamentarier

Seit Juni 1930 laufen die gerichtlichen Verhandlungen über die den Graz-Köflacher Eisenbahnern verweigerte Gleichstellung mit den Bundesbahnern und die Frage der zeitlichen Ruhestandsetzung sowie die Ausfolgung der von der Verwaltung widerrechtlich eingehobenen Personalgelder. Die letzten Verhandlungen waren im Herbst 1931. Unsere Erkundigungen ergaben, daß bis heute keine weitere Verhandlung ausgeschrieben ist. Das Gericht ist sich offenbar unseres Rechtes in diesen Fragen bewußt und braucht Zeit, um nachzuzugraben, wie man das Recht biegen kann. Die Bezüge der Bundesbahner hält man uns vor, aber die Abzüge sind mit denen der Bundesbahner gleichgestellt.

Und die SP.-Parlamentarier, die uns laut Uebernahmeprotokoll vom 25. Juni 1924 die Gleichstellung mit den Bundesbahnern als gesichert erklärten, drücken sich jetzt um die Verantwortung und schweigen sich aus. Nicht einmal zu einem parlamentarischen Protest schwingen sie sich auf.

Sie haben alle Ursache, zu schweigen, denn unsere Entrechtung haben sie auf dem Gewissen. Unsere Geduld ist zu Ende. Wir haben es satt, uns vor den Wahlen mit billigen Phrasen füttern zu lassen. Was wir fordern, das ist Kampf um unser zugesprochenes Recht im Sinne des Protokolls vom 25. Juni 1924. Ein Eisenbahner.

Steirische „Winterhilfe“.

Arbeiterkorrespondenz.

Ein Leser aus Graz schreibt uns folgendes:

Am Montag fand in Gösting bei Graz im Monturmagazin eine Verteilung durch die „Winterhilfe“ statt. Was da den Erwerbslosen und sonstigen Armen gegeben wurde, spottet jeder Beschreibung. Es wurden unter anderem auch zerrissene Socken, schmutzige Wäsche und unbrauchbare Schuhe abgegeben.

So sieht also die vielgerühmte „Winterhilfe“ aus, mit der den Armen nur der Mund gestopft werden soll, damit sich diese ruhig verhalten sollen. K.

Die Osterwecken.

Land und Gemeinden, Graz und Umgebung haben in jedem Jahr zu Ostern an die Arbeitslosen zwei Wecken Brot verabreicht. Tausende haben auf diese Wecken gerechnet, leider war das Hoffen der Hungernden vergebens. Im Jahre 1932 wurden die Arbeitslosen und Ausgesteuerten als die „Wecken“ deklariert, die ruhig alles hinnehmen werden. Die Gemeinde Graz mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister an der Spitze sagt: „Wir müssen die Auspeisung verlängern; „Wir haben die Bundeswurst“; „Wir können nicht mehr geben, es ist kein Geld da“, das ist die letzte Weisheit des Gen. Muchitsch.

Ihr Herren, die Bundeswurst müssen sich die Arbeitslosen und Ausgesteuerten kaufen, wieviele Ausgesteuerte und Arbeitslose haben nicht einmal die 95 Groschen, daher hunderte und hunderte die Bundeswurst nicht kaufen können. Die Auspeisung wäre gut, wenn das Essen gut zubereitet wäre, des öfteren gehen die meisten hungrig weg, wie sie gekommen sind, weil das Essen nicht genießbar ist. Die Arbeitslosen fragen: „Wo sind die 10.000 Schilling, die für die Winterhilfe gesammelt wurden?“ Die Gemeinde Graz hält die Abgabe der Osterwecken an die Arbeitslosen für eine unnütze Geldausgabe, weil in diesem Jahre, 1932, keine Wahlen in Graz stattfanden. Würde man die Gemeinderatswahlen haben, dann wären auch die Osterwecken aufmarschiert. Arbeitslose, merkt euch dies für das nächste Jahr!

Appell

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Helft mit, Abonnenten werden.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Mahnrufruppe) bei. Beitrittserklarungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/1, und Pendl, Neubaugasse 33 I, abzugeben und zu haben.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52 b.